

Sparkurs ja, aber bloß nicht zu streng

BaWü-Check: Bürger befürworten die Maßnahmen ihrer Kommunen – wenn sie das Private nicht beschneiden

ELISA-MADELEINE GLÖCKNER
elisa.gloekner@suedkurier.de

Die Gasspeicher füllen sich, die Koalition schafft Hilfen, die Sonne scheint. Doch die Sorgen, dass Deutschland im Winter ein ernsthafter Versorgungsengpass bevorsteht, sind so groß wie nie. Fast jeder Zweite sieht der Zukunft inzwischen mit ausgeprägten Befürchtungen entgegen, das zeigt der aktuelle BaWü-Check, eine Umfrageserie der baden-württembergischen Tageszeitungen durch das Institut für Demoskopie Allensbach, kurz IfD. Das erschütternde Ergebnis: In keiner Umfrage zuvor hatten die Menschen so wenige Hoffnungen für das anstehende Jahr.



Krieg in der Ukraine, Gasmangel, Inflation. Bundeskanzler Olaf Scholz schwört die Bürger auf eine lang anhaltende Krise ein. Und während die Ampelkoalition, um die Folgen einer Energie-Knappheit in den kommenden Monaten abzufedern, ein drittes Entlastungspaket über 65 Milliarden Euro verabschiedet, fragen sich die Länder, inwieweit das von ihnen mitgetragen werden soll. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann forderte deshalb schon am Sonntag, möglichst schnell die Ministerpräsidentenkonferenz einzuberufen. Das Entlastungspaket habe massive Auswirkungen auf die Länderhaushalte, sagte der Grünen-Politiker dezidiert.

Betreffen könnte das unter anderem den Nachfolger für das Neun-Euro-Ticket. Ziel sei eine Fahrkarte von etwa 49 bis 69 Euro pro Monat. „Die Bundesregierung ist bereit, den Ländern für ein bundesweites Nahverkehrsticket jährlich 1,5 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen“, teilte die Ampelkoalition in diesem Zusammenhang mit – vorausgesetzt, die Länder werfen den gleichen Betrag in den Topf.

Baden-Württemberg dürfte also mindestens in diesem Bereich eine größere Investition bevorstehen. Inmitten von Krisen und milliardenschwerer staatlicher Unterstützungsprogramme ist es dennoch bezeichnend, dass das Land in den Augen der Bürger gut dasteht. Wie die Ergebnisse des BaWü-Check beschreiben, stuften 47 Prozent der Befragten die finanzielle Lage des Landes als



Schwimmbäder schließen, um Energie zu sparen? Das findet laut Ergebnissen einer IfD-Umfrage in Baden-Württemberg nur wenig Unterstützer. BILD: DPA

positiv ein. Noch besser bewerten die Menschen die Situation ihrer Stadt oder Gemeinde: Hier hat jeder Zweite einen guten oder sogar sehr guten Eindruck.

Andererseits wachsen auch dort die Sorgen. Wie auf Landes- so wappnen sich auf kommunaler Ebene die Akteure für die kalte Jahreszeit und erarbeiten ihrerseits bereits erste Konzepte, um Strom zu sparen. vielerorts gehen nachts die Lichter aus, am Saalener Schloss zum Beispiel, am Überlinger Münster, auch am Stuttgarter Fernsehturm. Die Krise wird sichtbar, wenn auch nicht überall, wenn auch nur nachts.

Immerhin, die Mehrheit der Baden-Württemberger, 75 Prozent, unterstützt solche Maßnahmen. Mehr als die Hälfte (57 Prozent) wäre den Ergebnissen des IfD zufolge sogar bereit, ein wenig zu frieren, wenn bestimmte Gebäude einer Stadt oder Gemeinde nur noch bis auf 19 Grad beheizt werden. Auch

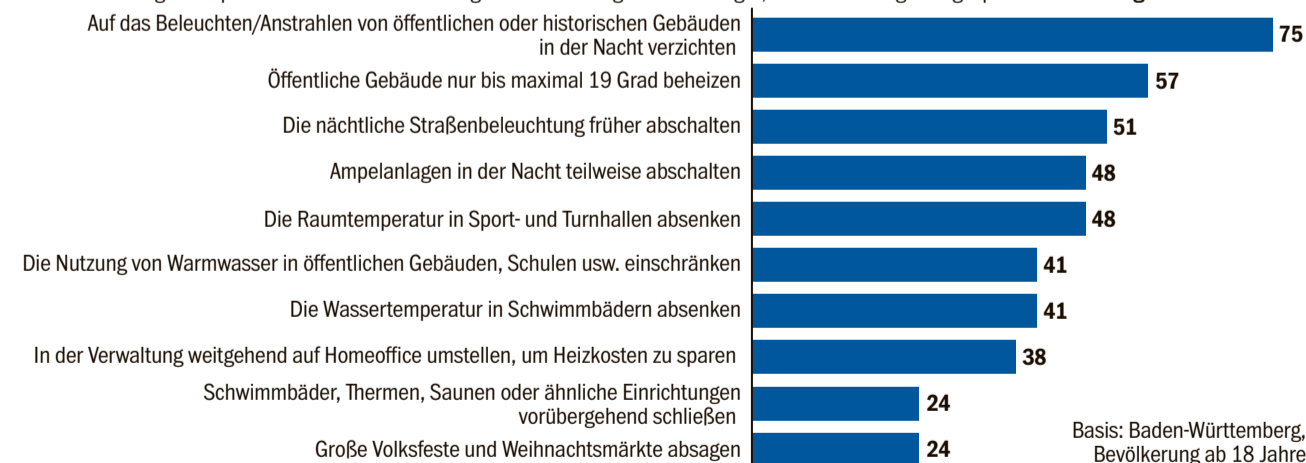
den Verzicht auf Ampelanlagen und Straßenbeleuchtung in der Nacht würde etwa die Hälfte der Befragten grundsätzlich noch mittragen.

Allerdings, das zeigen die Resultate des BaWü-Checks in seiner elften Ausgabe auch, je größer der Eingriff in den Alltag und damit die eigene Betroffenheit ist, desto weniger sind die Menschen bereit, sich zu beschränken: Das betrifft vorübergehende Schließungen von Thermen, Saunen und Schwimmbädern, die nur noch 24 Prozent der Befragten befürworten, ebenso wie Absagen von Volksfesten und Weihnachtsmärkten.

So weit ist die Krise also noch nicht in den privaten Bereich vorgedrungen. Deshalb dürfte es auch nicht verwundern, dass die meisten einen strengen Sparkurs der Landesregierung ablehnen. Laut Ergebnissen des BaWü-Check halten 16 Prozent die derzeitigen Sparmaßnahmen sogar für übertrieben.

Viel Unterstützung für konkrete Maßnahmen zum Energiesparen in den Kommunen

Frage: „Angesichts der drohenden Engpässe bei der Energieversorgung im Herbst und Winter gibt es verschiedene Vorschläge, wie Städte und Kommunen Energie einsparen können. Welche der folgenden Vorschläge fänden Sie gut, wie sollte Energie eingespart werden?“ **Angaben in Prozent**



Die Ampelkoalition hat weitere Entlastungen beschlossen. BILD: GETTY IMAGES

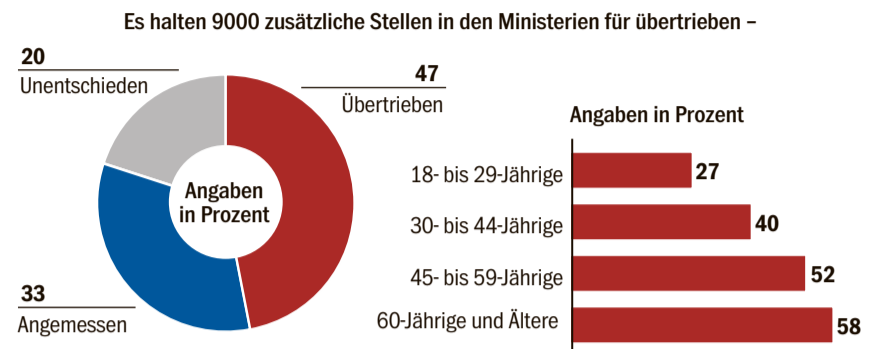
Das Entlastungspaket

Die Spitzen der Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP haben ein drittes Entlastungspaket vereinbart. Das Volumen des Pakets betrage mehr als 65 Milliarden Euro. Dies stelle eine konservative Schätzung dar, so Finanzminister Christian Lindner. Es handele sich um ein Paket, das Solidarität mit Leistungsgerechtigkeit und Solidität verbinde, und sieht unter anderem eine Strompreisbremse für den Basisverbrauch vor, Einmalzahlungen etwa für Rentner und Studierende, einen

Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger, ein neues Bürgergeld und eine Nachfolgeregelung für das Neun-Euro-Ticket. Die Bundesregierung kündigte zudem an, die international vereinbarte Mindestbesteuerung für internationale Unternehmen national umzusetzen. Dadurch sollen Milliardenereinnahmen generiert werden. Zudem will sie sich auf europäischer Ebene für weitere Preisdämpfungen auf den Energiemärkten einsetzen. Ebenso will die Ampel-Koalition ein Programm für energieintensive Unternehmen auflegen, die die Steigerung ihrer Energiekosten nicht weitergeben können. (emg)

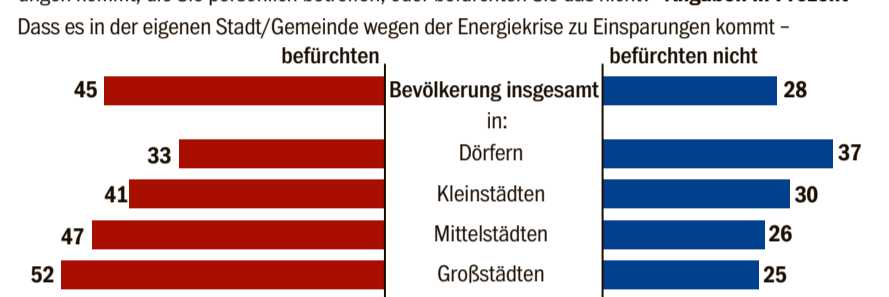
Kaum Verständnis für Stellenausbau der Ministerien

Frage: „Die Ministerien in Baden-Württemberg haben bei den Beratungen zum neuen Haushalt einen Bedarf von fast 9000 zusätzlichen Stellen angemeldet. Halten Sie diesen Bedarf an zusätzlichen Stellen in der derzeitigen Situation für angemessen oder für übertrieben?“



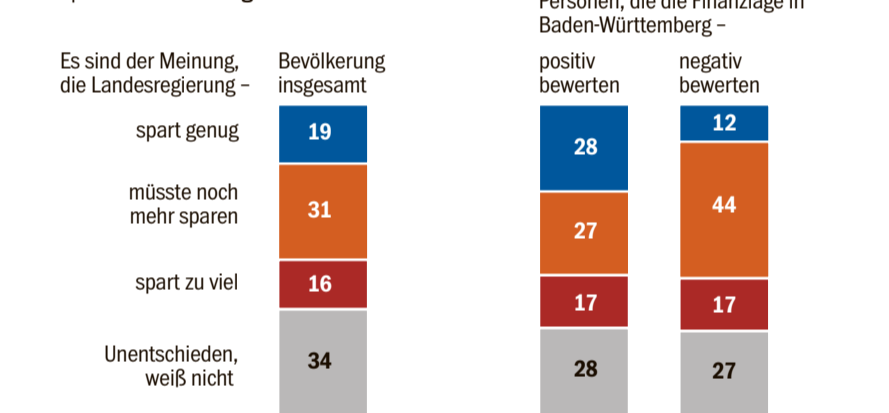
Sorgen vor Sparmaßnahmen vor allem in Großstädten

Frage: „Befürchten Sie, dass es in Ihrer Stadt bzw. Gemeinde aufgrund der Energiekrise zu Einsparungen kommt, die Sie persönlich betreffen, oder befürchten Sie das nicht?“ **Angaben in Prozent**



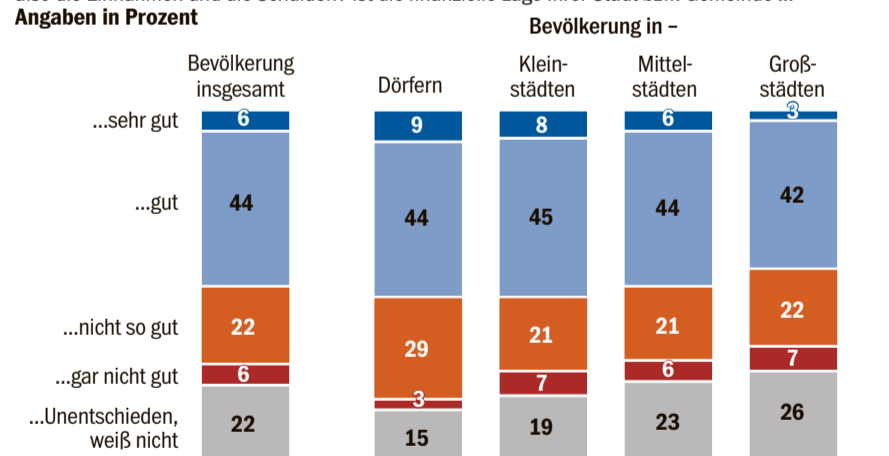
Strikter Sparkurs für viele nicht der richtige Weg

Frage: „Spart die Landesregierung Ihrer Meinung nach genug, oder müsste sie noch mehr sparen, oder spart sie zu viel?“ **Angaben in Prozent**



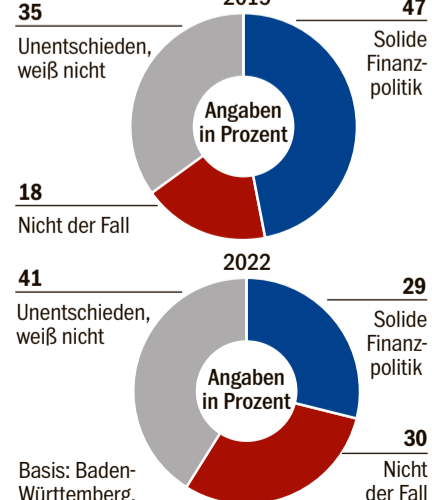
Überwiegend positiver Eindruck von der finanziellen Lage der eigenen Stadt oder Gemeinde

Frage: „Wenn Sie einmal an Ihre eigene Stadt bzw. Gemeinde denken, wie ist deren finanzielle Lage, also die Einnahmen und die Schulden? Ist die finanzielle Lage Ihrer Stadt bzw. Gemeinde ...“ **Angaben in Prozent**



Urteil über die Finanzpolitik

Frage: „Wie sehen Sie das ganz allgemein: Macht die Landesregierung in Baden-Württemberg Ihrer Meinung nach eine solide Finanzpolitik, oder ist das nicht der Fall?“



Mehrheit hält neue Schulden des Landes für unumgänglich

Frage: „Derzeit berät die grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg den neuen Haushalt für die Jahre 2023/24. Sollte die Regierung Ihrer Meinung nach trotz der aktuellen Krisen einen Haushalt ohne neue Schulden beschließen, oder halten Sie neue Schulden angesichts der aktuellen Krisen für unumgänglich?“

